

42. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion der Stadt Speyer  
am 16.01.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

---

**Gegenstand:**     **Beauftragung des Büros Rittmannsperger Architekten GmbH für die „Erstellung von Nutzungsvarianten für das Stiftungs Krankenhaus“ durch die Bürgerhospitalstiftung**  
                          **Vorlage: 1768/2024**

Die Vorlage 1768/2024 und die **Präsentation** sind dieser Niederschrift beigelegt.

Frau Trojan (Abt.520, Stadtplanung) und Herr Rittmannsperger (Büro Rittmannsperger) tragen die Präsentationen vor.

Herr Erny von der Fraktion Die Linke habe angeregt, die Jugend zu berücksichtigen. Dies fehle seitens der Fraktion in der Vorlage und bittet dies mitaufzunehmen.

Herr Zehfuß von der CDU-Fraktion unterstütze das Projekt und bittet wie auch die anderen Fraktionen um Klärung der Rückübertragung.

Des Weiteren schlägt Herr Zehfuß vor, einen Ortstermin zu vereinbaren um die Räumlichkeiten von innen zu sichten. Diese Ortsbegehung sei in Planung und müsse noch mit den verschiedenen Nutzern des Stiftungs Krankenhauses abgestimmt werden.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

---

**Gegenstand: Postplatz - Weiteres Vorgehen ab 2024**  
**Vorlage: 1770/2024**

Die Vorlage 1770/2024 ist dieser Niederschrift beigelegt und Bestandteil der Beschlussfassung.

Herr Nolasco (Fachbereichsleiter 5) erläutert, warum der Verkehrsversuch in den kommenden zwei Jahren nicht durchgeführt werden sollte. Auslöser seien jüngste Entwicklungen, die die Verwaltung dazu veranlassen den Sachverhalt neu zu bewerten.

Zunächst seien dies Gerichtsurteile aus den vergangenen Monaten gegen Verkehrsversuche mit erheblichen Folgewirkungen und Lasten für die Kommunen, die finanzielle Verluste und Haftungsrisiken zur Folge haben könnten. Die Gerichte legen in der Begründung dar, dass Verkehrsversuche nur aufgrund einer hohen Gefährdungslage im Straßenverkehr, nicht aber durch städtebauliche Gründe, rechtssicher angeordnet werden können.

Des Weiteren war es nicht absehbar, dass der Bundesrat im November 2023 eine Novelle ablehnen würde, die vorsah, das Straßenverkehrsrecht so anzupassen, dass neben der Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs auch die Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Die Stadtverwaltung schlägt dem Ausschuss vor, den Verkehrsversuch zunächst ruhen zu lassen.

Aus Sicht der Verwaltung bestehen neben der inzwischen genehmigten Durchführung des Verkehrsversuchs drei Möglichkeiten zum weiteren Vorgehen:

1. die Anordnung einer Fußgängerzone als westliche Erweiterung der Maximilianstraße
2. die Anordnung eines verkehrsberuhigten Bereichs mit Schrittgeschwindigkeit 7-Km/h im Bereich des Postplatzes
3. die Anordnung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs mit einer 20-Km/h Zone.

Bei den ersten beiden Varianten müsse der Straßenbereich grundsätzlich baulich umgestaltet werden. Bei der dritten Variante könne in der Bahnhof- und in der Gilgenstraße die bestehenden Vorfahrt- und Halteverbotsregelungen sowie der Betrieb der beiden Fußgängerampeln am Postplatz aufrecht erhalten bleiben.

Die Verwaltung schlägt ebenfalls vor, den verkehrsberuhigten Geschäftsbereich als verkehrliche Anordnung weiter zu verfolgen, um schrittweise durch Temporeduzierung eine verkehrliche Entlastung der Innenstadt zu bewirken.

Diese Vorgehensweise ermöglicht es, bereits in 2024 die Vorbereitung für die Auslobung eines Wettbewerbs zur Neugestaltung des Postplatzes zu beginnen.

Ziel des WB wird sein, den historisch bedeutsamen Postplatz klimawandelangepasst zu einem Platz mit hoher Aufenthaltsqualität umzubauen.

Bezogen auf die Mobilitätswende trägt die Verwaltung vor, in 2024 mit dem gewünschten Konzept für ein modernes und leistungsfähiges Verkehrs- und Parkleitsystem zu beginnen, um umweltbelastende Parksuchverkehre in der Innenstadt zu reduzieren.

Darüber hinaus sollen Maßnahmen zur Verkehrsmengen- und Verkehrsgeschwindigkeitsreduzierung geprüft werden, um die Belastungen der Anwohnenden am Bahnübergang Schützenstraße zu verringern.

### Beschlussfassung(en):

1. Aufgrund verschiedener Entwicklungen in den letzten Monaten (Gerichtsurteile gegen die Durchführung von Verkehrsversuchen, Ablehnung der Novelle von Straßenverkehrsgesetz und -ordnung) und der fehlenden Rechtssicherheit des geplanten Verkehrsversuchs Postplatz, empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion dem Stadtrat seine Beschlüsse vom 10.03.2022 (Vorlagen-Nr. 0972/2022/1, hier: Verkehrsführung im Bereich Postplatz) mit Ausnahme der Ziffer 3 („Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung weiteren Maßnahmen zur Verkehrsreduzierung, Optimierung des Verkehrsflusses sowie Verkehrssicherheit im Bereich der Schützenstraße auf Höhe Holzstraße/Mühlturnmstraße, sowie im Bereich der Einmündung Schützenstraße/Obere Langgasse zu erarbeiten.“), 21.07.2022 (Vorlagen-Nr. 1132/2022, hier: Verkehrsplanerische Begleitung) und 22.09.2022 (Vorlagen-Nr. 1187/2022, hier: Kommunikations- und Beteiligungskonzept) ruhen zu lassen. Demnach wird auf unabsehbare Zeit auf die Durchführung eines Verkehrsversuchs am Postplatz verzichtet.

### Ergebnis der Beschlussfassung:

„Ja-Stimmen“	„Nein-Stimmen“	Stimm-Enthaltungen
10	0	0

2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit dem Land die rechtliche Möglichkeit einer Anordnung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs (Tempo-20-Zone) mit möglichst wenigen Verkehrsregelungen in der Bahnhof- und Gilgenstraße (zwischen den Ampelkreuzungen Untere Langgasse und Gedächtniskirche) zu prüfen und diesen ggf. umzusetzen.

### Ergebnis der Beschlussfassung:

„Ja-Stimmen“	„Nein-Stimmen“	Stimm-Enthaltungen
10	0	0

3. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion empfiehlt dem Stadtrat, die Verwaltung zu beauftragen, im Jahr 2024 den städtebaulichen Wettbewerb für eine zukunftsfähige Umgestaltung des Postplatzes vorzubereiten. Im Zuge des Wettbewerbes sollen die umliegenden Straßen mit der Zielsetzung einer möglichst weitgehenden Verkehrsberuhigung mit einbezogen werden.

**Ergebnis der Beschlussfassung:**

<b>„Ja-Stimmen“</b>	<b>„Nein-Stimmen“</b>	<b>Stimm-Enthaltungen</b>
<b>9</b>	<b>0</b>	<b>1</b>

4. Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion dem Stadtrat die Verwaltung zu beauftragen, in 2024 erste Schritte zum Aufbau eines modernen, leistungsfähigen Verkehrs- und Parkleitsystems vorzunehmen, um umweltbelastende Parksuchverkehre in der Innenstadt zu verringern.

**Ergebnis der Beschlussfassung:**

<b>„Ja-Stimmen“</b>	<b>„Nein-Stimmen“</b>	<b>Stimm-Enthaltungen</b>
<b>10</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Gegenstand: Informationen der Verwaltung**

**1. Information über die nächste Sitzung des Speyerer Bündnisses für bezahlbares Wohnen am 27.02.2024**

Frau Trojan berichtet, dass im Zusammenhang mit dem Wohnungsmarktkonzept für Speyer aus dem Jahr 2017 eine Arbeitsgemeinschaft aus Akteuren des Wohnungsmarktes gebildet wurde, die seit 2018 regelmäßig zusammenkäme: Das sogenannte „Speyerer Bündnis für bezahlbares Wohnen“

Zu den Teilnehmenden gehörten die Fraktionen, Wohnungsbaugesellschaften, Stadtteilvereine, Haus und Grund und Vertreter der Immobilien- und Bauwirtschaft.

Das konkrete Ergebnis der Sitzung sei das sogenannte „Bündnispapier“ von 2019, in dem Maßnahmen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vereinbart wurden. Ein Hauptthema sei die Festlegung einer Sozialquote bei Neubauprojekten.

Es wurde ebenso festgelegt, dass zur Evaluierung des Wohnungsmarktes und zum Erfahrungsaustausch, das Bündnis auch zukünftig regelmäßig tagen solle.

Zuletzt tagte das Bündnis 2021. In der Sitzung wurde v.a. die Fortschreibung der Wohnungsmarktkennzahlen vorgestellt und diskutiert.

Im Jahr 2023 wurde in der Klausurtagung des Fachbereichs 5 vereinbart, dass die nächste Sitzung 2024 stattfinden solle, da unter anderem die Wirksamkeit der Maßnahmen, v.a. die Sozialquote erst nach einem längeren Zeitraum beurteilt werden könne.

Die 7. Bündnissitzung solle nun am 27.02.2024 um 17 Uhr stattfinden.

Der Termin sei so gewählt, da am 1. Februar die Lenkungsgruppe des Landes zum bezahlbaren Wohnen tagen wird, bei der es vorwiegend um den Erfahrungsaustausch anderer Kommunen zur Sozialquote gehen werde.

- Themen der 7. Bündnissitzung werden insbesondere sein:
  - Aktuelle Situation Wohnungsmarkt + Baulandentwicklungen in Speyer
  - Bericht der Wohnungsbaugesellschaften
  - Aktuelle Entwicklungen zum Sozialen Wohnungsbau in Speyer und Rheinland-Pfalz
  - Diskussion Sozialquote – Erfordernis zur Nachjustierung (Antrag SPD)
  - Ausblick + Handlungserfordernisse

42. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion der Stadt Speyer  
am 16.01.2024

42. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion 16.01.2024  
**Stefanie Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!